



Zufrieden mit dem Ergebnis des Umweltausschusses zeigten sich (v.l.) Abgeordneter Benno Zierer (FW), Warngau Bürgermeister Klaus Thurnhuber, die Bio-Landwirte Kartz und Marion von Kameke, Vize-Ausschussvorsitzender Eric Beißwenger (CSU), Stimmkreisabgeordnete Ilse Aigner (CSU), Bio-Landwirt Alois Fuchs, Abgeordneter Florian Streibl (FW), Unser-Wasser-Vorsitzender Andreas Hallmannsecker, Anwalt Benno Ziegler, Valleys Bürgermeister Bernhard Schäfer und Miesbachs Zweite Bürgermeisterin Astrid Güldner.

FOTO: DDY

Voller Erfolg für die Petition

Miesbacher Merkur
01.04.2022

WASSERSCHUTZZONE Umweltausschuss votiert gegen Selbsteintritt und Vorentscheidung

VON DIETER DORBY

Landkreis – Der große Schaden ist fürs Erste abgewendet: Der Umweltausschuss des Bayerischen Landtags hat gestern der Petition aus dem Landkreis stattgegeben und eine Berücksichtigung ausgesprochen – das ist die deutlichste Form der Zustimmung. Damit ist ein vorweggenommenes Dünge- und Beweidungsverbot im Rahmen des Erweiterungsverfahrens der Wasserschutzzone Thalham-Reisach-Gotzing ebenso vom Tisch wie der geplante Selbsteintritt der Regierung von Oberbayern.

Ausschussvorsitzende Rosi Steinberger (Grüne) versicherte, man habe sich die Angelegenheit nicht leicht gemacht: „Wir haben uns sehr gründlich informiert.“ Zudem attestierte sie dem Wasserschutz-

gebietsverfahren im Landkreis mit seinem großflächigen und ungeschützten Drainagebrunnen im Naherholungsgebiet eine besondere Rolle im Reigen der derzeit knapp 400 bayernweit laufenden Wasserrechtsverfahren. Vom Ortstermin im Februar habe man mitgenommen, dass die Quelle nicht zu schützen sei und dass vor allem die beiden aufgetretenen Verkeimungen nicht sicher den landwirtschaftlichen Betrieben zugeordnet werden können.

Zwar sei es nachvollziehbar, dass das Ministerium in dem sich über Jahrzehnte hinziehenden Verfahren nun die Gekuld verloren habe, doch dies treffe die falschen Handelnden, betonte Steinberger. Landrat Olaf von Löwis habe das Thema erst 2020 übernommen und seine Bereit-

schaft zur Durchführung glaubhaft versichert – man könne „kein Verfahren in Rekordgeschwindigkeit“ erwarten. Für den Selbsteintritt der Regierung brauche es überdies „gravierende Gründe, und die sehe ich hier nicht“.

Eine Einschätzung, der sich Steinbergers Stellvertreter und Co-Berichterstatter Eric Beißwenger (CSU) ebenso anschloss wie Christian Hierneis (Grüne) und Benno Zierer (FW), die ebenfalls am Ortstermin teilgenommen hatten. Dass das Ministerium ein Gutachten mit dem Landratsamt in Auftrag gegeben, dann aber mit Blick auf das Ergebnis nicht anerkannt habe, kritisierte Beißwenger: „Man kann nicht etwas in Auftrag geben und es ablehnen, wenn das Ergebnis nicht passt.“ Zudem gebe es mit der alten Kläranlage

in Müller am Baum und dem Klärwerk in Miesbach weitere potenzielle Verursacher für die Verkeimungen.

Als Einziger unterstützte Florian von Brunn (SPD) die Linie des Ministeriums. Er verwies auf den Schutz von 1,2 Millionen Münchnern und unterstellte dem Landkreis, dass er der Landeshauptstadt das Wasser entziehen wolle – ein Motiv, das die Petenten im Vorfeld wiederholt von sich gewiesen haben. Was Benno Zierer (FW) bestätigte: „Diesen Eindruck haben wir nicht gewonnen. Den Menschen geht es darum, dass sie ein ergebnisoffenes, rechtsstaatliches Verfahren bekommen.“ Auch würde das Landratsamt längst handeln, wenn alle von den Stadtwerken München geforderten Unterlagen vollständig eingegangen wären.

Dies bestätigte Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU), die als Stimmkreisabgeordnete darauf hinwies, dass es „im Kern um die Verhältnismäßigkeit geht“, wenn man einen zentralen Punkt aus dem Verfahren herausnimmt und diesen vorab von oben entscheidet, obwohl klar sei, dass die aufgetretenen Verkeimungen mit Starkregenereignissen zusammenhängen würden. Die Qualität des Münchner Trinkwassers sei nicht gefährdet, da die Quelle abschaltbar sei. „Außerdem werben die Stadtwerke München seit 50 Jahren mit bestem Wasser.“

Gegen Brunns Stimme votierte der Ausschuss geschlossen pro Petition mit dem Prädikat „Berücksichtigung“. Erst habe man die darunter liegenden „Würdigung“ ins Auge gefasst, aber damit wäre auch

ein Nichthandeln der Behörden möglich, wie Steinberger erklärte. Allerdings wurde das Landratsamt aufgefordert, dem Ausschuss im Herbst einen Zwischenbericht zu liefern, um den Fortgang des Verfahrens zu dokumentieren.

Für die Petenten – namentlich die Stadt Miesbach sowie die Gemeinden Valley und Warngau, drei Bio-Landwirtschaftsbetriebe und den Verein Unser Wasser – ist das deutliche Votum des Ausschusses dennoch ein großer Erfolg. Zumal das Umweltministerium im Anschluss verlauten ließ, dass es die Entscheidung des Umweltausschusses respektieren wolle. Man erwarte aber, dass das Landratsamt das Verfahren zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets zügig weiterführe. » BAYERN & REGION